

Schweiz



Arbeiter befestigen Schläuche am Bohrturm des St. Galler Geothermieprojekts im Sittertobel. Das Vorhaben wurde mittlerweile eingestellt. Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

Neue Hoffnung auf Energie-Jackpot

Im jurassischen Haute-Sorne will ein Verbund aus Stadtwerken 5000 Meter tief bohren - um mit Geothermie Strom zu gewinnen. Das Projekt ist umstritten. Ein Teil der Bevölkerung befürchtet Erdbeben und zu viel Lärm.

Stefan Häne

Die Hoffnung trägt einen wohlklingenden Namen: Haute-Sorne. In der jurassischen Gemeinde soll gelingen, was zuvor in Basel, Zürich und St. Gallen gescheitert ist: mit Tiefengeothermie Strom zu produzieren. «Wir wollen der petrothermalen Geothermie in der Schweiz zum Durchbruch verhelfen», sagt Peter Meier, Geschäftsführer der Geo-Energie Suisse AG, eines Zusammenschlusses der Stadtwerke aus Zürich, Bern und Basel sowie regionaler Energieversorgungsunternehmen aus der ganzen Schweiz. Bei dieser Methode wird Wasser über ein Bohrloch in die Erdkruste gepumpt - in Haute-Sorne soll es bis zu 5000 Meter tief sein. Dort erhitzt es sich und wird hernach als heisses Wasser über ein anderes Bohrloch wieder an die Oberfläche gebracht. Aus dem Wasserdampf erzeugen Turbinen in der Folge Strom; die Temperaturen müssen dafür mindestens 150 Grad betragen.

Das Projekt steht unter Beobachtung des Bundes. Sollte es erfolgreich sein, wäre dies gemäss Bundesamt für Energie (BFE) ein «grosser Durchbruch». Im grossen Stil umgesetzt, würde die Tiefengeothermie kontinuierlich saubere Bandenergie liefern - und wäre somit eine Alternative zu Atomkraftwerken. Bis 2050 soll sie laut Schätzung des Bundes 4 bis 5 Terawattstunden Strom pro Jahr bereitstellen, was etwa 10 Prozent des Bedarfs in der Schweiz entspräche.

Drohende Blockade

Doch das Vorhaben wird von Fragezeichen begleitet. Offen ist, ob die jurassische Regierung die nötige Erlaubnis erteilt. Der Entscheid soll Mitte Juni erfolgen. Bis dahin will sich der federführende Staatsrat Philippe Reconvilier (CVP) nicht zum Projekt äussern. Beobachter gehen indes von einem positiven Beschluss aus, da die Regierung den Plänen bis jetzt wohlwollend gesinnt war.

Widerstand hat sich jedoch auf anderer Seite aufgebaut. Vor einem Jahr haben Anwohner der jurassischen Staatskanzlei eine Petition mit über 1600 Unterschriften überreicht. Ihre Forderung: ein Moratorium für Geothermiebohrungen bis 2025. Der Regierungsrat hat dieses Ansinnen zwar abgelehnt, muss nun

aber noch über rund 30 Einsprachen befinden. Es drohen Rechtsstreitigkeiten, die das Projekt jahrelang verzögern könnten. Die erste Tiefenbohrung ist für 2017 geplant.

Lärm als neues Problem

Die Gegner befürchten, dass nach Basel (2006) und St. Gallen (2013) die Erde abermals beben könnte, wenn die Fachleute im Untergrund künstlich Risse erzeugen. Ausgeprägter als bei bisherigen Projekten ist die Befürchtung, die Bauarbeiten und der Betrieb des Geothermiekraftwerks könnten zu lärmig sein. Meier von Geo-Energie Suisse führt dies auf die geografische Lage zurück: «Die Ruhe suchende Landbevölkerung reagiert auf Lärm sensibilisierter als die Bewohner von Städten und Agglomerationen.» Damit ist auch gesagt, dass die neue Strategie der Geothermieförderer ihren Preis hat: Die Projekte in Zürich, Basel und St. Gallen waren in urbanem Umfeld angesiedelt - mit entsprechend erhöhten Schadenrisiken im Falle eines Bebens. Nicht zuletzt deshalb ist Geo-Energie Suisse auf dünn besiedelte Landstriche ausgewichen; Haute-Sorne

ist einer von vier verbliebenen Standorten. In Avenches VD, dem fünften, war der Landerwerb nicht möglich, womit das Projekt laut Meier zumindest vorüberhand «begraben» ist.

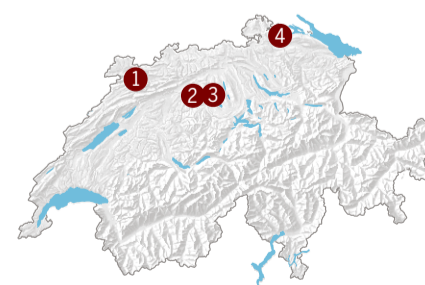
Geo-Energie Suisse zeigt sich bemüht, die Bevölkerung für das Kraftwerk zu gewinnen. «Wir wollen etwaige Bedenken mit Fakten aus der Welt schaffen», sagt Meier. So halte das Projekt die geltenden Lärmgrenzwerte nicht nur ein, sondern unterschreite sie gar. Meier bezeichnet die Chancen für eine erfolgreiche Energiegewinnung im Vergleich zu Basel um den Faktor 3 bis 6 höher, das Erdbebenrisiko sei vergleichsweise klein, weil anders als etwa in St. Gallen nicht in aktive regionale Störungszonen hineingeböhrt werde. Zusätzlich Sicherheit bieten soll das sogenannte Multiriss-Verfahren: Hierbei werden fast horizontale Bohrungen kleine Wärmereservoirs schaffen, die im Verbund einen grossen Wärmetauscher ergeben. Der Vorteil: Bei jedem neuen Reservoir wird ersichtlich, wie der Untergrund reagiert. «Wir stellen das Einpressen von Wasser bei einer Magnitude von 2,0 ein», versichert Meier. Zum Vergleich: Wahrnehmbar

sind Erdbeben ab Magnitude 1,5. In Basel waren es 3,4, in St. Gallen 3,5. Die Fachleute, so sagt Meier weiter, werden die Wasserinjektion bereits zu einem früheren Zeitpunkt unterbrechen, sollte das vom Schweizer Erdbebendienst entwickelte Überwachungssystem ein erhöhtes Risiko vorhersagen. Komme es wider Erwarten zu Schäden, hat Geo-Energie Suisse vorsorglich eine Umwelthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 100 Millionen Franken abgeschlossen.

Hans Killer und der Herrgott

Geo-Energie Suisse beteuert, beim Projekt gelange die beste Technik zur Anwendung. Gleichwohl bleibt unsicher, was der Boden hergibt. Zwar existieren in der Schweiz gute seismische Untersuchungen, doch fehlen Bohrdaten, um präzise Schätzungen zu machen. Haute-Sorne gerät somit zur finanziell riskanten Suche nach dem grossen Fund. Oder wie es SVP-Nationalrat und Energiepolitiker Hans Killer ausdrückt: «Jedes Projekt ist ein Unikat, weil der Herrgott bei der Erschaffung der Erde nicht auf eine gleichmässige Geologie geachtet hat.»

Geplante Geothermieprojekte



1 Haute-Sorne JU Baubewilligung erwartet im Juni 2015. Bohrstart 2017.

2 Pfaffnau LU Gespräche mit Gemeinde, Kanton Luzern und Landeigentümern im Gang.

3 Triengen LU Vorabklärungen mit Kanton Luzern und Gemeinden sind erfolgt. Landerwerb weit fortgeschritten.

4 Etwilen TG Voruntersuchung abgeschlossen. Abwarten eines neuen kantonalen Gesetzes zur Nutzung des Untergrundes.

TA-Grafik ib/Quelle: Geo Energie Suisse

Finanzierung

100 Millionen Franken für 6000 Haushalte

Das geplante Geothermiekraftwerk im jurassischen Haute-Sorne soll 2020 in Betrieb gehen und Strom für rund 6000 Haushalte generieren. Die Kosten sind mit 100 Millionen Franken veranschlagt. Gesichert ist die Finanzierung noch nicht vollständig, weil noch nicht alle Aktionäre der federführenden Geo-Energie Suisse AG über eine Beteiligung am Projekt entschieden haben.

Support erhofft sich Geschäftsführer Peter Meier vom Bund. Weil es sich um eine Pilot- und Demonstrationsanlage im Rahmen der Geothermieforschung handelt, will Geo-Energie Suisse Fördergelder beim Bundesamt für Energie (BFE) beantragen, sobald die Baubewilligung vorliegt. Für Projekte im Bereich der Geothermie stellt das BFE pro Jahr rund 1 Million Franken zu Verfügung. Bereits eingereicht hat Geo-Energie Suisse hingegen ein Gesuch für eine Risikogarantie.

Der Entscheid der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid wird für Herbst erwartet. Die Risikogarantie käme zum Tragen, sollte im Erdinnern aus geologischen Gründen weder genügend Wasserdurchlässigkeit erreicht werden noch eine ausreichend hohe Temperatur (150 Grad) vorhanden sein. In diesem Fall würde Swissgrid bis zu 50 Prozent der gesamten Bohrkosten vergüten.

Das Projekt könnte schliesslich Gelder - 5,5 Millionen Franken - von der EU erhalten. So hat Geo-Energie Suisse mit EU-Partnern im Rahmen des Forschungsprogramms Horizon 2020 mehrere Projekte eingereicht, darunter «Destress», das sich in Haute-Sorne realisieren liesse. Dessen Ziel ist es, die Stimulationstechnik zu verbessern, also den Untergrund möglichst durchlässig zu machen und dabei spürbare Erschütterungen so weit wie möglich zu vermeiden. (sth)

Lobbyisten sollen Mandate offenlegen

FDP-Nationalrat Andrea Caroni fordert in einem Vorstoss, dass Lobbyisten, die sich hinter PR-Firmen verstecken, ihre Interessen preisgeben müssen.

Felix Schindler

«Burson-Marsteller». Das ist alles, was Burson-Marsteller-Lobbyistin Marie-Louise Baumann von sich und ihren Auftraggebern preisgeben musste, als sie ihre Zutrittsberechtigung registrieren liess. Sie musste den Ausweis inzwischen abgeben, doch auch die beiden verbleibenden Burson-Marsteller-Lobbyisten mit Bundeshaus-Zugang, Tim Frey und Alexandra Thalhammer, machen im Register keine Angaben darüber, wessen Interessen sie im Bundeshaus vertreten. Dasselbe gilt für die Mitarbeiter aller anderen Public-Affairs-Firmen.

Der Auserrhoeder FDP-Nationalrat Andrea Caroni möchte das nun ändern. Er hat gestern eine parlamentarische Initiative eingereicht, in der er fordert, dass im Bundeshaus tätige Lobbyisten im öffentlichen Register der Zutrittsberechtigungen auch ihre Mandate angeben müssen. Im Falle von Marie-Louise Baumann hätte das bedeutet, dass sie ihren Auftrag für die kasachische Partei Ak Schol hätte offenlegen müssen.

Was wirklich interessiert

Caroni argumentiert, dass Lobbyisten im direkten Auftrag einer Organisation (etwa Hotellerieuisse, Bankiervereinigung oder Mieterverband) die «auftraggebende Organisation» deklarieren müssen. «Für Lobbyisten, die für mehr als eine Organisation im Bundeshaus tätig sind, ergibt sich hier eine Lücke (...). Im Dunkeln bleibt das, was wirklich interessiert, nämlich die Organisationen, die sie mandatieren», schreibt Caroni in seiner Begründung.

Das ist vielerorts längst Standard. Die USA beispielsweise kennen seit 20 Jahren ein Register für Lobbyisten, in dem diese sowohl Kunden als auch Einnahmen offenlegen müssen. Das Transparenzregister der EU existiert seit 2008. Der Eintrag ist zwar freiwillig, aber wer sich registriert, muss auch seine Mandate und deren Umfang deklarieren. So ist etwa ersichtlich, dass Burson-Marsteller für total 69 Auftraggeber Einfluss auf die europäische Gesetzgebung zu nehmen versucht - darunter zahlreiche global agierende Pharma-, Mineralöl- und Technologiekonzerne. Bei 19 Mandanten liegt der Umsatz bei über 100 000 Euro.

Im Bundeshaus gehen auch zahlreiche Lobbyisten ein und aus, die gar nicht als solche registriert sind, sondern als persönliche Mitarbeiter der Parlamentarier. «Das ist nicht das Thema meiner parlamentarischen Initiative», sagt Caroni. Allerdings sei das auch nicht nötig. «Dies ist schon nach dem geltenden Parlamentsrecht nicht zulässig, deshalb braucht es keine neue Bestimmung, sondern lediglich eine striktere Durchsetzung der geltenden», sagt der Auserrhoeder Nationalrat.

Fünf Vorstösse gescheitert

Seit Bekanntwerden der Kasachstan-Affäre ist Caronis Initiative der zweite Vorstoss im eidgenössischen Parlament, der den Lobbyismus im Bundeshaus transparenter machen will. Noch am selben Tag, als die NZZ den Fall publik machte, reichte der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann eine Motion ein, die ein verbindliches Lobbyregister forderte. Darin soll auch aufgeführt werden, welche Methoden die Interessenvertreter einsetzen und wer die Adressaten ihrer Arbeit sind. Der Vorstoss geht sowohl inhaltlich als auch formal wesentlich weiter als Caronis parlamentarische Initiative.

Bisher hat das Parlament alle Bestrebungen abgeschmettert, die in diese Richtung zielten. In den vergangenen vier Jahren scheiterten insgesamt fünf Vorstösse zum Thema. Womöglich hat die parlamentarische Initiative von Caroni oder die Motion von Reimann im Zuge der Kasachstan-Affäre eine grössere Chance auf Erfolg.